

Die Lehreinheit Germanistik/Deutsch an der Goethe-Universität Frankfurt am Main: Wie und warum die Qualität von Studium und Lehre in einem geisteswissenschaftlichen Fach nachhaltig beeinträchtigt wird. Mit Praxistipps für das Gelingen von studentischen Initiativen auf dem hochschulpolitischen Spielfeld

Oliver Sommer

Im Kreis der Irrelevanten und Geschädigten: Die Lehreinheit Germanistik/Deutsch an der Goethe-Universität

Seit nunmehr einem Jahr ist die desolade Lage der Lehrqualität in den Fächern Germanistik/ Deutsch an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main Thema. Den Startschuss für die Debatte gaben einige Studierende – darunter ich, der Autor des vorliegenden Beitrags –, die nicht mehr tatenlos dabei zusehen wollten, wie sich ihre Studienbedingungen mit jedem weiteren Semester verschlechterten. Gemeinsam verfassten wir einen offenen Brief, den über 1200 Studierende der Fächer Germanistik/Deutsch unterschrieben und den wir daraufhin an die Hochschulleitung der Goethe-Universität sowie an Vertreter_innen anderer Institutionen sandten. Unter den Empfänger_innen befanden sich unter anderen auch Abgeordnete des hessischen Landtags. Mehrere hessische Medien thematisierten darauf öffentlich die Inhalte des offenen Briefs: In der FAZ berichtete Eva-Maria Magel (Magel 2020) unter dem Titel „17 Professuren für 4300 Studenten“, im Journal Frankfurt schrieb Sina Eichhorn (Eichhorn 2020) in ihrem Artikel „Offener Brief. Germanistik Studierende: „Die Lehre ist überlastet““ über die Inhalte des offenen Briefs. Wir sprachen daraufhin zuerst mit Referent_innen und Abgeordneten unterschiedlichster Parteien des hessischen Landtags und danach mit der

Hochschulleitung der Goethe-Universität. Diese Auseinandersetzung ist aktuell noch zu keinem Ende gekommen. Ob und welche Lösungsansätze die Hochschulleitung vorschlägt, um die problematische Lage der Fächer Germanistik/Deutsch zu verbessern, wird sich erst in den kommenden Monaten herausstellen. Die vorliegende Darstellung der Zustände in der Frankfurter Germanistik soll daher exemplarisch aufzeigen, wie bundesweit geltende Verordnungen ein geisteswissenschaftliches Fach beeinflussen und den Status seiner Lehre fortwährend abwerten, was auf dessen schlussendlichen Abbau hinausläuft. Exemplarisch sind die Zustände insofern, als dass viele der nachfolgend aufgezählten Probleme grundsätzliche strukturelle Probleme der Bildungsinstitution *Universität* und ihrer Unterfinanzierung sind. Ein weiteres Anliegen des Beitrags ist, diese für das Fach Germanistik so wichtige öffentliche Debatte am Leben zu halten und einer möglichst großen Anzahl an Interessierten zugänglich zu machen.

Warum stießen wir diese hochschulpolitische Debatte an der Goethe-Universität an? Um die Hintergründe nachvollziehen zu können, fragten wir zunächst danach, weshalb die meisten Studierenden der Lehreinheit mit ihrem Studium nicht zufrieden sind. Die Antworten fielen nicht nur für uns erhellend aus: Unsere Lehrenden sind aufgrund schlechter Betreuungsrelationen überlastet; die freie Studierbarkeit des Fachs Germanistik und seiner Schwerpunkte ist unter den gegebenen Bedingungen nicht gesichert; Studierende können ihr Studium oftmals nicht in Regelstudienzeit durchführen. Zwei Fragen will ich, nachdem ich über die Gründe dieser von den Studierenden problematisierten Missstände aufgeklärt habe, in diesem Beitrag behandeln: Welche Mittel sind im universitären Haushalt eigentlich für die Finanzierung der Lehre vorgesehen? Hat die Berechnungsgrundlage, die als Basis jener Mittelverteilung dient, überhaupt etwas mit den tatsächlichen Betreuungsrelationen in der Frankfurter Germanistik zu tun?

Verkannte Realitäten aus dem Studien- und Lehralltag des akademischen Normalbetriebs

In unserem offenen Brief beschrieben wir die Ausgangslage der Lehreinheit Germanistik/ Deutsch an der Goethe-Universität im Sommersemester 2019 wie

folgt:

Wir haben an der Goethe-Universität mittlerweile nahezu 4300 Studierende der Lehreinheit Germanistik/Deutsch, eine unglaubliche Zahl. Dagegen haben wir 17 Professuren und eine überschaubare Anzahl an wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, die diese enorme Anzahl an Studierenden tragen müssen. (Offener Brief Frankfurt 2020, 2)

In Anbetracht dieses Verhältnisses kamen wir zum Schluss, dass „ein angemessenes Betreuungsverhältnis zwischen den Lehrenden und Studierenden schon lange nicht mehr gewährleistet werden kann“ (2). Zahlenmodelle eignen sich aber nur bedingt dafür, das abzubilden, was Studierende und Lehrende in ihren jeweiligen Studien- bzw. Lehrrealitäten faktisch erfahren. Ein so unausgewogenes Betreuungsverhältnis führte und führt immerzu zu prekären Bedingungen der alltäglichen Studien- und Lehrerfahrungen. Dass die Lehrenden überlastet sind, liegt aufgrund der hier vorliegenden Zahlen auf der Hand. Was bedeutet das für die Lehrqualität im Konkreten?

Wie an einer Universität üblich, liegt dem Fachbereich 10, dem die Fächer Germanistik/ Deutsch angehören, ein *Leitbild Lehre des Fachbereichs 10* zugrunde, das vielerlei Aspekte auflistet, die unerlässlich sind, um den Erhalt einer guten Lehre zu garantieren: Beispielsweise, dass Lehrende „auf mündliche und schriftliche Studienleistungen ein konstruktives Feedback geben“ (Leitbild Lehre FB10 2016). Oder, dass Lehrende jederzeit „zur Übernahme von Prüfungen bereit sind“ (Leitbild Lehre FB10 2016). Auch, dass „Kapazitätsberechnungen von angemessenen Veranstaltungsgrößen ausgehen und Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit sich nicht notwendigerweise negativ auswirken“ (Leitbild Lehre FB10 2016), ist zentral für eine ausgewogene Lehre. Mit der aktuellen Studien- und Lehrrealität der Frankfurter Germanistik haben die meisten der angeführten Aspekte allerdings kaum etwas zu tun. Sowohl die Studierenden als auch die Lehrenden können sie nicht einmal ansatzweise umsetzen. Damit entpuppen sie sich als leere Worthülsen, die eine weitaus bessere Studien- und Lehrrealität suggerieren als sie faktisch gegeben ist. In Wirklichkeit kann sich ein_e Studierende_r bereits glücklich schätzen, wenn er oder

sie überhaupt ein Feedback auf Modulabschlussprüfungen bekommt und im Fall von Abschlussarbeiten nicht bei etlichen potentiellen Prüfer_innen nachfragen muss, ob sie die Abschlussarbeit betreuen können.

Zu den Kapazitätsberechnungen schrieben wir: „*Angemessene Veranstaltungsgrößen* sind bei den eingangs erwähnten Zahlen nicht möglich, schon allein deshalb nicht, weil die erforderliche Infrastruktur in Form von ausreichender Raumkapazität nur spärlich vorhanden ist“ (Offener Brief Frankfurt 2020, 3). Wenn die Vorgaben der Kapazitätsberechnungen eine maximale Anzahl an Teilnehmer_innen pro Veranstaltung festlegen, die im Fall der Veranstaltungsform *Seminar* die Anzahl an vorhandenen Sitzplätzen in einem Standardseminarraum überschreitet, braucht man sich nicht zu wundern, dass in solcherlei Veranstaltungen kein gutes Arbeitsklima herrscht. Die meisten Teilnehmer_innen bleiben deshalb passiv. Die mittlerweile zur Normalität gewordene Studienrealität sieht auch dementsprechend aus: über-füllte Veranstaltungen, die die meisten Teilnehmer_innen in passivem Ausharren konsumieren. Natürlich gibt es in jedem Semester auch Veranstaltungen, die weniger gut besucht sind, weil beispielsweise die Zielgruppe für ein ausgewähltes Thema sehr klein ist. Derartige Kleingruppen befördern ein deutlich besseres Arbeits- und Lernklima und kommen allen Teilnehmer_innen zugute. Sie erschweren jedoch die Verhandlungsbasis in hochschulpolitischen Gesprächen. Sie verleiten Hochschulleitungen zur Argumentation, dass die Institute einen Teil der Teilnehmer_innen aus überfüllten in die weniger ausgelasteten Veranstaltungen über- führen sollen. Diese durchaus logische Schlussfolgerung verkennt allerdings, dass das Fach Germanistik in verschiedene Schwerpunkte aufgeteilt ist, die je spezifische theoretische Kenntnisse voraussetzen. Die Struktur der Fächer Germanistik/Deutsch an der Goethe-Universität veranschaulicht dies: Die unterschiedlichen theoretischen Voraussetzungen beispielsweise des Schwerpunkts *Kinder- und Jugendliteratur* decken sich nicht mit denen des Schwerpunkts *Neuere Deutsche Literatur*. Studierende, die sich für einen Schwerpunkt entschieden haben, kann man nicht einfach so in einen anderen verlagern. Doch genau dies schlug uns die Hochschulleitung während eines Gesprächs vor als wir davon berichteten, dass der Schwer- punkt *Kinder- und*

Jugendliteratur hoffnungslos überlaufen sei. Es ist bei über 4000 Germanistikstudierenden ja ohnehin schon schwierig, einen Platz in einem gewünschten Seminar im eigens gewählten Schwerpunkt zu bekommen. Wenn sich Studierende aber nicht einmal mehr im eigenen Schwerpunkt umsehen dürfen, dann widerspricht das nicht nur der im *Leitbild Lehre des Fachbereichs 10* stark gemachten Wahlfreiheit, sondern wertet zugunsten einer ökonomischen Umverteilung von Studierenden die je spezifische Lehre eines Schwerpunkts ab. Die Interessen von Studierenden sind in derartigen Verteilungsmodellen irrelevant. Wenn also ein Schwerpunkt Semester für Semester ausgelastet ist und nur eine begrenzte Anzahl an Veranstaltungsplätzen zur Verfügung hat, kommt ein Teil der Studierenden, die sich für diesen Schwerpunkt entschieden haben, nicht umhin, die Regelstudienzeit zu überschreiten. Viele sind demotiviert, weil sie nicht die Veranstaltungen belegen können, die ihren Interessen entsprechen. Oder sie warten schlichtweg, bis sie einen Platz in ihren gewünschten Veranstaltungen bekommen. Da in Hessen die Höhe an finanziellen Mitteln, die an ein Fach ausgeschüttet wird, größtenteils davon abhängt, wie viele Studierende sich in diesem in Regelstudienzeit befinden, bestraft man paradoxerweise die Institute aus finanzieller Hinsicht dafür, die den Interessen ihrer Studierenden noch am ehesten gerecht zu werden versuchen. Ganz zu schweigen von den Problemen, die auf Studierende zukommen, wenn sie finanziell davon abhängig sind, in der Regelstudienzeit zu bleiben.

Löcherstopfen um Löcher zu stopfen: Gelder zur Qualitätssicherung von Studium und Lehre

Zur Kompensation der wegfallenden Studiengebühren schüttet das Land Hessen Gelder zur Qualitätssicherung von Studium und Lehre – kurz: QSL-Gelder – an die Hochschulen aus. Welcher jährliche Betrag einer Hochschule zusteht, hängt von vielen Faktoren ab, wie zum Beispiel davon, wie viele Studierende in Regelstudienzeit fertig werden. Jede Hochschule darf selbst darüber entscheiden, anhand welcher Verteilungsschlüssel sie den Jahresbetrag an ihre Fachbereiche weitergeben will. Die Goethe-Universität orientiert sich dabei am Verteilungsschlüssel des Landes

Hessen, der für die Lehreinheit Germanistik/Deutsch, wie ich im letzten Absatz des vorigen Punktes darstelle, finanzielle Nachteile mit sich bringt. Wie prekär die aktuelle Situation in der Frankfurter Germanistik ist, lässt sich aus einem einfachen Widerspruch schließen: Die *Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität über die Vergabe der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre* legt in § 1 Absatz 1 fest, das Ziel der Mittel sei, dass „die Studienbedingungen ein qualitätsvolles Studium in der Regelstudienzeit ermöglichen“ (Satzung QSL 2012, 1). Dazu soll „ein ausreichendes Lehrangebot zur Verfügung steh[[en]“ (1). Wir bemerkten dazu: „Eine ausreichende *Angebotsvielfalt* gibt es nicht. Das ist weder *qualitätsvoll* noch kann den Studierenden garantiert werden, dass sie ihr Studium in der Regelstudienzeit absolvieren können“ (Offener Brief Frankfurt 2020, 3). Ich erinnere hier noch einmal an das Verhältnis von 17 Professuren auf 4300 Studierende, das die zumeist befristet angestellten Mittelbauer_innen nicht ausschlaggebend verbessern. Unser Fachbereich verwendet das Geld also gerade nicht für die per Satzung geregelten Verbesserungsmaßnahmen. Von einer „Verbesserung der Betreuungsrelation: [von] Stellen für qualifizierte wissenschaftliche Mitarbeiter und ggf. qualifizierte Tutoren“ (Satzung QSL 2012, 3) fehlt trotz des mangelhaften Betreuungsverhältnisses bisher jede Spur. Stattdessen, kritisierten wir,

werden die QSL-Mittel hauptsächlich eingesetzt, um Dozent_innen befristet zu finanzieren, die *grundständige Lehre* leisten, also Lehre, die nicht aus diesen Mitteln finanziert werden soll. Es ist skandalös, dass schlecht bezahlte Lehrbeauftragte mitunter Teile der grundständigen Lehre stemmen! (Offener Brief Frankfurt 2020, 3–4)

Mehr Löcherstopfen geht nicht. Wenn ein Institut seine Gelder zur Qualitätsverbesserung von Studium und Lehre aufwenden muss, um den Erhalt der grundständigen Lehre zu sichern, drängt sich eine unangenehme wie gleichfalls entscheidende Frage auf: Unter welchen prekären Bedingungen bildet die Goethe-Universität bzw. das Land Hessen unsere zukünftigen Deutschlehrer_innen, Nachwuchswissenschaftler_innen, -journalist_innen und andere Berufsgruppen aus? Dabei stellt die Lage der Frankfurter Germanistik keinen Einzelfall dar. In einem erst

kürzlich veröffentlichten offenen Brief kritisieren Vertreter_innen der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig, dass ihre Hochschulleitung ihren Instituten zur Absicherung der Lehre zwar Dauerstellen zuweist, diese jedoch mit einem zu hohen Lehrdeputat von 20 SWS verbunden sind. Im Fazit des offenen Briefs schreiben die Vertreter_innen:

Die zugewiesenen Hochdeputatsstellen ermöglichen rein rechnerisch die Abdeckung der notwendigen Lehrkapazitäten (in einigen Instituten der Philologischen Fakultät noch nicht einmal das). Diese Stellenpolitik führt zu einer massiven Verschlechterung der lehramtsbezogenen Studiengänge, da die wissenschaftliche Ausrichtung der Lehrerbildung aus den genannten Gründen langfristig nicht gewährleistet werden kann. Sie führt zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der Institute, weil die Lehrenden im Mittelbau fortan unter extrem unterschiedlichen Bedingungen lehren (bei den unbefristeten Stellen: 8 vs. 20 SWS) und weil nur noch ein Teil der Lehrenden forschen kann. Sie führt zu sehr schlechten Arbeitsbedingungen der betroffenen Lehrenden. Und sie führt dazu, dass diese Art der Schema- und Massenlehre sich nicht mehr Universität nennen dürfen sollte. (Offener Brief Leipzig 2020, 2)

Insbesondere der letzte Satz drückt den aktuell vorherrschenden Unmut vieler Professor_innen, Mittelbauer_innen und kritischer Studierenden in geistes-, sozial-, und gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen aus. Wollen wir die Ausbildung zukünftiger Generationen von Lehrer_innen, Nachwuchswissenschaftler_innen, -journalist_innen und anderen Berufsgruppen wirklich so gestalten, dass unsere Lehrenden sie zwar rein rechnerisch durchführen können, aber die jeweiligen Lehrrealitäten früher oder später – das geht mir der Überlastung einher – darunter leiden? Die erfahrensten unter den Lehrenden sind doch gerade die Dozent_innen, die viel lehren und nicht die, die viel forschen. Muss man dieses Potential denn wirklich soweit ausschöpfen bis Frustration und Überlastung überhandnehmen und selbst die engagiertesten Lehrenden einknicken? Die Qualität von Lehre darf sich nicht an der Zeit messen, die jemand für Forschung aufbringt, sondern an der Zeit, die jemand in die Verbesserung seiner_ihrer Lehre investiert. Was wir jetzt brauchen, ist eine langanhaltende und öffentliche Debatte, die ernsthaft thematisiert, dass

Forschung und Lehre gleichwertig sind, voneinander abhängen und ja, auch voneinander profitieren!

Im Takt der Zahlen- und Berechnungsmodelle: Wie eine Realität von Statistiken zur alles vorgebenden Realität wird

Aus der oben zitierten Stelle des offenen Briefs aus Leipzig lese ich unter anderem heraus, dass die größte reformbedürftige Baustelle an deutschen Hochschulen die grundlegenden Berechnungsmodelle sind. Aus ihnen gehen Statistiken hervor, anhand derer sich der Stellenbedarf eines Instituts bemisst. Dass die meisten solcher Statistiken »schöngerechnet« Zahlen erzeugen, die eine Fiktion ins Spiel bringt, die dann auch noch zu Lasten der Lehrenden und Studierenden zum Takt angebenen Faktum erklärt wird, hat seine Gründe. Die scheinbar »schöngerechneten« Zahlen kommen vor allem deshalb zustande, weil die ihnen zugrunde liegenden Berechnungsmodelle seit mittlerweile nahezu über 50(!) Jahren nicht reformiert worden sind: „Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte [...] in den 1970er Jahren eine Studienplatzkapazitätsplanung nach Curricularnormwerten (CNW) im Rahmen einer Kapazitätsverordnung (KapVO)“ (Würmann und Zimmermann 2010, 6). Diese bundesweit geltende Kapazitätsverordnung hat sich bis heute erhalten und sei maßgebliche Ursache dafür, warum progressiv denkende Hochschulleitungen und Landesregierungen die Qualität von Studium und Lehre an deutschen Hochschulen nicht verbessern können (vgl. Würmann und Zimmermann 2010, 6–7). Sie müssen sich nach wie vor an die Vorgaben halten. Spielraum für Veränderungen sieht dieses System nicht vor. Es handelt sich also weniger um eine aktiv betriebene »Schönrechnerei« vonseiten der verantwortlichen Abteilungen an den Hochschulen als um ein veraltetes und seit Jahrzehnten reformbedürftiges System. Man will es gar nicht glauben, dass die Verantwortlichen an den Hochschulen die feststehenden Setzungen aus den 1970er Jahren, die sogenannten Curricularnormwerte – die insgesamt beschreiben sollen, wie viel Aufwand für einen Studierenden aufgebracht werden muss, damit er oder sie sein_ihr Studium erfolgreich abschließen kann –, im Jahr 2020 immer noch genau wie vor 50 Jahren

verrechnen. Warum ist das problematisch?

Jan-Martin Wiarda beleuchtete bereits 2007 in seinem ZEIT-Artikel „Die fiese Formel. Wie eine alte Verordnung die Hochschulen zum Stillstand verurteilt“ die KapVO. Darin beschreibt er, dass die Wissenschaftsminister_innen durch die KapVO den Hochschulen vorschreiben, „wie viel Studienplätze sie in jedem Studiengang vorhalten mussten, mit Hilfe eines Schlüssels, der verbindlich für jede Professorenstelle eine bestimmte Anzahl von Studienplätzen festlegt“ (Wiarda 2007). Die Anzahl dieser festgelegten Studienplätze führte zu den gegenwärtigen Studien- und Lehrrealitäten. Neue Professor_innenstellen verändern an den schlechten Betreuungsrelationen nichts, weil ein Fach automatisch mehr Studierende aufnehmen muss, sobald eine neue Professor_innenstelle besetzt ist (vgl. Wiarda 2007). Wirklich abhelfen können lediglich neue Dauerstellen oder Entfristungen im Mittelbau, weil dort die KapVO nicht greift. Das kostet aber Geld, über das der chronisch unterfinanzierte Bildungs- und Hochschulbereich nicht verfügt. Die Bundesregierung installierte schließlich die KapVO, so Wiarda, um „in Zeiten leerer Staatskassen und steigender Studentenzahlen so lange an den Normwerten herumzuschrauben, bis rein rechnerisch die größtmögliche Anzahl an Studienplätzen erreicht war“ (Wiarda 2007). Dass die damalige Bundesregierung die Kapazitätsverordnung gerade zu der Zeit beschloss als abzusehen war, dass sie die Hochschulen Jahr um Jahr schlechter finanzieren können, beweist, wie offensichtlich realitätsfern die darin enthaltenen Berechnungsgrundlagen heute sind. Warum unternimmt niemand etwas dagegen?

Zum einen scheinen nur noch wenige Expert_innen dieses Berechnungsmodell zu verstehen bzw. verstehen zu wollen. Wiarda prangerte das schon im Jahr 2007 an: „Denn wirklich verstanden hat die KapVO kaum einer, einmal abgesehen von ein paar Ministerialbeamten in jedem Bundesland, die für ihre Ausführung zuständig sind“ (Wiarda 2007). Wir suchten lange nach diesen Expert_innen an der Goethe-Universität und stellten überrascht fest, dass sich niemand dazu umfassend äußern wollte. Die meisten der Befragten wichen damit aus, dass auch sie es nicht zufriedenstellend erklären könnten. Seit 2007, anders können wir nach diesen Gesprächen nicht resümieren, verschlechterte sich das Verständnis um die KapVO zunehmend. Infolge dessen nehmen die Leitungen deutscher Hochschulen – das

sagte man uns auch immer wieder – sie schlichtweg hin, hinterfragen sie vielleicht noch pro forma, aber belassen es schließlich dabei, weil alle anderen es auch so machen. Zugleich mangelt es an einer Alternative, die, falls sie jemals vorliegen sollte, erst einmal bundesweit durchgesetzt werden muss. In im März verabschiedeten hessischen Hochschulpakt für die Jahre 2021–2025 findet sich daher auch nur ein Satz vor, der sich auf die Curricularnormwerte bezieht: „Parallel zum Prozess der Verbesserung der Betreuungsrelation werden die Curricularnormwerte einer Evaluation unterzogen“ (Hessischer Hochschulpakt 2020, 5). Wenn man ein Relikt aus längst vergangenen Hochschulkontexten lediglich evaluieren will, wenn bereits jede_r darum Bescheid weiß, wie realitätsfern es aus heutiger Sicht ist und welche prekären Studien- und Lehrrealitäten es Jahr um Jahr zur Folge hat, will man es keinesfalls reformieren. Zum anderen ist die ausbleibende Reform der Abwertung der Lehre an deutschen Hochschulen geschuldet. Denn warum sollte man ein hochgradig komplexes System über Bord werfen und in einem langwierigen Entwicklungsprozess durch ein anderes ersetzen, wenn hauptsächlich die Lehre davon profitiert? Aus unternehmensökonomischer Sicht – denn nichts anderes als Unternehmen sind unsere heutigen Hochschulen – macht das nur wenig Sinn. Es ist übrigens auch diese Sicht, die die Wissenschaftsminister_innen kontinuierlich dazu zwingt, die KapVO zu verteidigen. Wie lange diese Situation an unseren Hochschulen allerdings noch gutgehen soll, wenn sich die Qualität ihrer Bildungsvermittlung auf einem stetig absteigenden Ast befindet, ist eine Frage, die man nicht oft genug stellen kann. Meine Antwort ist ganz klar: Im Grunde schon jetzt nicht mehr. Denn auch unsere Lehrenden sind zunehmend demotivierter, Fleiß und Zeit in ihre Lehre zu investieren. Das verwundert auch niemanden mehr, honoriert man die Lehre an vielen Hochschulen doch noch nicht einmal. Und wenn von über 40 Teilnehmer_innen nur fünf aktiv mitarbeiten, sei es aus Unlust, Desinteresse oder dem alleinigen Interesse an Credit Points, ist man verständlicherweise weniger gewillt, die sowieso schon angeschlagenen Energieressourcen in die Arbeit im Seminar zu stecken.

Die Ergebnisse und Leistungen geistes-, sozial- und gesellschaftswissenschaftlicher Fächer sind, wie man aktuell so schön sagt,

systemrelevant. Zuvorderst schulen sie die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Wer nicht einsehen will, dass solche Fähigkeiten auch gesellschaftlich von Bedeutung sind, braucht sich im Nachhinein nicht an den Kopf zu fassen, wenn immer mehr Menschen für extreme politische und ideologische Ansichten empfänglich werden.

Was übrig bleibt: Studierende, setzt euch doch bitte für eure Ausbildung ein!

Zum Schluss dieses Beitrags skizziere ich die Erfahrungen, die wir während der vergangenen Monate gesammelt haben und gebe ein paar Hinweise, die ich für den Erfolg studentischer Initiativen auf dem hochschulpolitischen Spielfeld als wissenswert erachte:

- (1) Eine studentische Initiative braucht eine Vielzahl an studentischen Unterstützer_innen und Mitstreiter_innen, um sich überhaupt Gehör verschaffen zu können. Gemessen an der Gesamtanzahl an Studierenden eines Fachs, sollten sich mindestens ein Viertel der Studierenden bereit erklären, eine Initiative zu unterstützen. Vor allem eine erfolgreiche Berichterstattung in den Medien ist davon abhängig, ob sich nur eine kleine Gruppe oder eine breite Masse an Studierenden kritisch äußert.
- (2) Eine größer angelegte Initiative benötigt die Unterstützung vonseiten der Lehrenden und Vertreter_innen der Fachbereichsleitung. Wenn kritische Studierende nicht von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen Statusgruppen suchen, Informationen bereitwillig austauschen und Diskussionen führen wollen, wird man nicht weit kommen. Im Übrigen ist das auch eines der großen Probleme an deutschen Hochschulen: Jede_r zieht sein eigenes Projekt durch und verschenkt damit Unmengen an hochschulpolitischem Entwicklungspotential.
- (3) Es ist unheimlich wichtig, stets professionell zu bleiben. Eine Hochschule mit ihren eigenen Grundsätzen und Leitbildern zu konfrontieren, dabei Widersprüche aufzudecken und schließlich die herrschenden Umstände zu

kritisieren, ist klug. Sich lediglich über die herrschenden Umstände zu beschweren, dabei Kampfansagen an eine Hochschulleitung zu richten und sie mit, wenngleich berechtigten, Untergangsszenarien zu unterfüttern, ist weniger ratsam.

- (4) Den langsamen Mühlen teils demokratischer, teils bürokratischer Machtverhältnisse an deutschen Hochschulen ist immerzu mit viel Geduld und solidarischer Diplomatie zu begegnen. Hochschulpolitische Prozesse sind langwierig, kräftezehrend und lassen oftmals keine schnellen Ergebnisse zu. Das kommt nicht von irgendwoher, sondern wird absichtlich so gehandhabt, um beispielsweise kritischen Initiativen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das beginnt beim machtpolitischen Spiel, Verantwortlichkeiten hin und her zu schieben, von der Hochschulleitung zur Landespolitik, von der Landespolitik zur Hochschulleitung, von der Hochschulleitung zur Fachbereichsleitung, und endet bei gezielten Provokationen, die fachbereichsinterne Verteilungskämpfe zur Folge haben könnten. Davon darf man sich nicht beirren lassen. Es gilt, stets an einem Strang zu ziehen und zwischen den unterschiedlichen Positionen und Bedürfnissen zu vermitteln.

Oliver Brenz studiert Deutsche Literatur an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und ist Mitinitiator eines Offenen Briefs der Studierenden der Lehreinheit Germanistik mit dem Titel: „Inwiefern kümmert sich die Goethe-Universität um ihre Studierenden?“

Literatur- und Quellenverzeichnis

Eichhorn 2020: Sina Eichhorn: „Offener Brief. Germanistik Studierende: ‚Die Lehre ist überlastet‘“ (07.02.2020). In: *Journal Frankfurt*. URL: https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Campus-5/Offener-Brief-Germanistik-Studierende-Die-Lehre-ist-ueberlastet-35315.html?fbclid=IwAR0wqzrBTqeOXI_VmZIFCXL4KU37a7Y66BuuVNCM-f5hd1LLEaswi0q_z5eg (zuletzt aufgerufen am 19.08.2020).

Hessischer Hochschulpakt 2020: O.V.: „Hessischer Hochschulpakt 2021–2025“ (11.03.2020). URL: https://wissenschaft.hessen.de/sites/default/files/media/hmwk/200310_hhsp_2021-2025.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.08.2020).

Leitbild Lehre FB10 2016: Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Neuere Philologien: „Leit- bild Lehre des Fachbereichs 10: Neuere Philologien“ (03.05.2016). URL: https://www.uni-frankfurt.de/62265045/Leitbild_Lehre (zuletzt aufgerufen am 15.08.2020).

Magel 2020: Eva-Maria Magel: „17 Professuren für 4300 Studenten“ (04.02.2020). In: *Frank- furter Allgemeine Zeitung, Rhein-Main-Zeitung*. URL: <https://zeitung.faz.net/faz/rhein-main- zeitung/2020-02-04/17-professoren-fuer-4300-studenten/420123.html> (zuletzt aufgerufen am 19.08.2020).

Offener Brief Frankfurt 2020: Studierende der Lehreinheit Germanistik/Deutsch: „Offener Brief der Studierenden der Lehreinheit Germanistik Deutsch“ (30.01.2020). URL: https://www.uni-frankfurt.de/85630087/Offener_Brief_der_Studierenden_der_Lehreinheit_Germanistik_Deutsch.pdf? (zuletzt aufgerufen am 14.08.2020).

Offener Brief Leipzig 2020: Die Institutsdirektor_innen der Institute der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig: „Offener Brief des Instituts für Amerikanistik, Instituts für Anglistik, Instituts für Germanistik, Instituts für Linguistik, Instituts für Romanistik und Insti- tuts für Slavistik der Universität Leipzig zu den Stellenzuweisungen aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre“ (02.07.2020). URL: https://germanistik.philol.uni-leipzig.de/download/0/0/1913289283/dcf36f7f3b33ce08570f10f58556eb081fdcfef/fileadmin/germanistik.philol.uni-leipzig.de/uploads/dokumente/news/2020/Offener_Brief_Zukunftsvertrag_Studium_und_Lehre_2.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.08.2020).

Satzung QSL 2012: O.V.: „Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität über die Vergabe der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre“ (23.10.2012). In: *UniReport. Satzungen und Ordnungen*. URL: https://www.uni-frankfurt.de/51481744/Generic_51481744.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.08.2020).

Wiarda 2007: Jan-Martin Wiarda: „Die fiese Formel. Wie eine alte Verordnung die Hochschulen zum Stillstand verurteilt“ (20.09.2007). In: *ZEIT*. URL: <https://www.zeit.de/2007/39/C-Kapazitaetsverordnung> (zuletzt aufgerufen am 04.11.2020).

Würmann und Zimmermann 2010: Carsten Würmann und Karin Zimmermann: „Garantin egalitärer Bildungschancen oder ‚fiese Formel‘? Die Kapazitätsverordnung in der Diskussion.“ In: *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung*. Jg. 2 (2010), S. 6–8.